



RUNTER MIT DEM JOBKILLER LOHNNEBENKOSTEN

Arbeit ist in Österreich zu teuer. Jetzt Petition unterschreiben und Druck für eine spürbare Senkung der Lohnnebenkosten machen.

UNOS und alle Unterstützer:innen dieser Petition fordern die Bundesregierung auf:

1. Abschaffung des Dienstgeberbeitrags zum Familienlastenausgleichfonds (3,7 % der Beitragsgrundlage) bei gleichzeitiger Überführung der Leistungen in das Bundesbudget 2027/28.

2. Abschaffung der Kammerumlage 2 bis spätestens 2029.

Alle unternehmerisch denkenden Abgeordneten des Nationalrats und des Bundesrats, sowie all jene, denen die österreichische Wirtschaft am Herzen liegt, werden aufgefordert, dem Doppelbudget nur zuzustimmen, wenn diese Entlastung umgesetzt ist.

Datum der Sammelaktion: _____

Name	Anschrift (Wohnadresse)	Unternehmen (Firma, Anschrift) (nur für Unternehmer:innen)	E-Mail-Adresse	UNOSletter (Newsletter)*	Unterschrift
JOHANNES BACHLEITNER	AM HEUMARKT 7/1/14, 1030 WIEN	UNOS - UNTERNEHMERISCHES Ö., AM HEUMARKT 7, 1030 WIEN	Johannes.bachleitner @unos.eu	<input checked="" type="checkbox"/>	
				<input type="checkbox"/>	
				<input type="checkbox"/>	
				<input type="checkbox"/>	
				<input type="checkbox"/>	
				<input type="checkbox"/>	

- Mit meiner Unterschrift erkläre ich mich jederzeit widerruflich einverstanden, dass UNOS (gemäß Art 26 DSGVO gemeinsam mit NEOS und JUNOS) meine Angaben im Rahmen der Datenschutzerklärung (siehe Rückseite) verarbeitet um mich als Unterstützer:in der Initiative/Petition zu führen, meine Daten bei der zuständigen Behörde mit der Initiative/Petition vorlegt und mich über den Gang der Initiative/Petition informiert. Mit einer Markierung im Feld UNOSletter (Newsletter) stimme ich weiters zu, dass ich regelmäßig per Newsletter über aktuelle Themen, UNOS-Positionen und Events informiert werde.

RUNTER MIT DEM JOBKILLER LOHNEBENKOSTEN

Arbeit ist in Österreich zu teuer. Jetzt Petition unterschreiben und Druck für eine spürbare Senkung der Lohnnebenkosten machen.

UNOS, die Vertretung liberaler Unternehmerinnen und Unternehmer, und alle Unterstützer:innen dieser Petition fordern die Bundesregierung auf:

1. Abschaffung des Dienstgeberbeitrags zum Familienlastenausgleichsfonds (3,7 % der Beitragsgrundlage) bei gleichzeitiger Überführung der Leistungen in das Bundesbudget 2027/28.
2. Abschaffung der Kammerumlage 2 bis spätestens 2029.

Alle unternehmerisch denkenden Abgeordneten des Nationalrats und des Bundesrats, sowie all jenen, denen die österreichische Wirtschaft am Herzen liegt, werden aufgefordert, dem Doppelbudget nur zuzustimmen, wenn diese Entlastung umgesetzt ist.

RUNTER MIT DEM JOBKILLER LOHNEBENKOSTEN – Warum wir diese Petition starten

Das Problem:

Österreichs Lohnnebenkosten liegen rund 3 Prozentpunkte über dem EU-Durchschnitt. Das sind 12,5 Milliarden Euro pro Jahr, die Unternehmen zusätzlich für jeden Arbeitsplatz zahlen. Dieses Geld finanziert nicht Arbeit – es finanziert ein System aus arbeitsfremden Leistungen, die über die Lohnsumme kurzfinanziert werden.

Was falsch läuft:

Der Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) finanziert zunehmend Leistungen, die nichts mit Familien zu tun haben – bezahlt von Arbeitgeber:innen mit 3,7 % der Lohnsumme. Die Wohnbauförderung fließt ohne Zweckbindung in Landesbudgets. Die Kommunalsteuer bestraft nicht wirtschaftliche Leistung, sondern die Lohnsumme – und trifft damit genau die Unternehmen am härtesten, die am meisten Arbeitsplätze schaffen. Gleichzeitig steigen die Energiekosten. Unternehmen kämpfen an zwei Fronten: explodierende Betriebskosten und überhöhte Arbeitskosten. Wer beides ignoriert, riskiert, dass Betriebe nicht mehr investieren, nicht mehr einstellen und am Ende zusperrten.

Warum es jetzt dringend ist:

Während die Kosten für Unternehmen weiter steigen, bleibt Arbeit überdurchschnittlich belastet. Viele Betriebe stoßen bereits an ihre Grenzen. Ohne rasche Entlastung drohen weniger Investitionen, weniger Beschäftigung und ein weiterer Verlust an Wettbewerbsfähigkeit. Jetzt ist der Moment, gegenzusteuern und Arbeit wieder leistbar zu machen. Davon profitieren Unternehmen, Beschäftigte und der Wirtschaftsstandort Österreich insgesamt.

Was wir fordern:

1. Abschaffung des Dienstgeberbeitrags zum Familienlastenausgleichsfonds (3,7 % der Beitragsgrundlage) bei gleichzeitiger Überführung der Leistungen in das Bundesbudget 2027/28.
2. Abschaffung der Kammerumlage 2 bis spätestens 2029.

An wen sich diese Petition richtet:

An die Bundesregierung: Setzen Sie die Senkung im Doppelbudget 2027/28 um. Nicht als Prüfauftrag, nicht als Arbeitsgruppe – als ersten konkreten Schritt.

An alle unternehmerisch denkenden Abgeordneten aller Parteien: Stimmen Sie dem Doppelbudget nur zu, wenn diese Entlastung darin enthalten ist. Nutzen Sie Ihre Stimme für die Unternehmer:innen, die Sie gewählt haben.

Vielen Dank für deine Unterstützung!

EINWILLIGUNGSERKLÄRUNG

Mit der freiwilligen Angabe ihrer Daten erklären Sie Ihre Einwilligung, dass NEOS (gemäß Art 26 DSGVO gemeinsam mit JUNOS und UNOS) diese Angaben im Rahmen der Datenschutzerklärung (<https://www.unos.eu/datenschutz>) verarbeitet. Neben Ihren Eingaben (Kontaktinformationen, Anfragen, ...) wird auch das Datum und der Ort erfasst, an dem Sie das Formular ausgefüllt haben. Sofern Sie diesbezügliche Eingaben machen, wird auch Ihre politische Meinung erfasst. Ihre Daten werden ausschließlich zu den Zwecken verwendet, denen Sie im Formular zugestimmt haben.

Personenbezogene Daten werden von NEOS ausschließlich nach den Vorgaben des österreichischen Datenschutzgesetzes (DSG) sowie der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) erhoben, verarbeitet und genutzt. Eine Weitergabe dieser Daten an Dritte erfolgt grundsätzlich nicht, sofern keine gesetzliche Verpflichtung zur Weitergabe besteht oder die Weitergabe der Strafverfolgung dient.

Ihre Daten werden in Form eines "Joint Controllership" im Sinne von Art 26 DSGVO gemeinsam von NEOS (Politische Partei, NEOS Lab und NEOS-Klubs/Fraktionen in allgemeinen Vertretungskörpern) sowie JUNOS, JUNOS Studierende, JUNOS Schüler_innen und UNOS verarbeitet. Hauptverantwortlich ist dabei NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum, Am Heumarkt 7/1/14, 1030 Wien, www.neos.eu. Weiters nutzen wir Dienstleister, um Ihnen beispielsweise Newsletter oder postalische Zusendungen zukommen zu lassen, Ihre Spenden zu verarbeiten oder unsere Botschaften in den sozialen Medien zu verbreiten. Hierzu übermitteln wir die dazu nötigen Daten an die jeweiligen Dienstleister, die für uns keine Dritten sind. Wir haben gemäß der geltenden rechtlichen Bestimmungen Vorsorge getroffen, dass alle unsere Dienstleister entsprechend sorgsam mit den verwendeten Daten umgehen sowie sämtliche gesetzlichen Bestimmungen einhalten. Dies wird uns auch vertraglich garantiert.

Wir tun alles, um Ihre Daten zu schützen. Dazu zählen Maßnahmen, um die Manipulation, den Verlust, die Zerstörung oder den Zugriff durch unberechtigte Personen zu verhindern. Dazu setzen wir technische, organisatorische sowie rechtliche Rahmenbedingungen. Alle Daten werden auf unseren Servern bzw. auf den Servern unserer Dienstleister, mit denen Verträge zur Auftragsdatenverarbeitung nach § 10 DSGVO mit entsprechender Prüfung abgeschlossen wurden, gespeichert. Alle unsere Systeme sind samt berechtigten Nutzergruppen in einem Verzeichnis erfasst und detailliert beschrieben. Wir speichern die Daten maximal drei Jahre ab dem letzten aktiven Kontakt - bzw. bis auf Widerruf.

Sämtliche Betroffenenrechte (Auskunftsrecht, Berichtigungsrecht, Recht auf Datenübertragbarkeit, Widerspruch oder Löschantrag) können persönlich an allen Standorten, per Brief oder per Mail an datenschutz@unos.eu geltend gemacht werden. Unser Datenschutzbeauftragter, Dr. Karl-Arthur Arlamovsky, ist unter dsb@neos.eu erreichbar. Wenn Sie glauben, dass Ihre Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, haben Sie ein Beschwerderecht an die zuständige Aufsichtsbehörde. Dies ist in Österreich die Datenschutzbehörde www.dsb.gv.at.

Weitere Informationen zur Verarbeitung Ihrer Daten finden Sie unter: <https://www.unos.eu/datenschutz>